

Liebe Umweltfreundinnen und –freunde!

Ohnmächtig wütend bin ich, wie Atomausstieg und Klimaschutz von der Bundesregierung hintertrieben werden. Und wie es den Verantwortlichen gelingt, dies schönzureden.

Für unsere Gundremminger Bürgerinitiative habe ich vor einer Woche untenstehende Medienerklärung abgegeben.

Zur Aufmunterung. So schön stehen am Starnberger See die vier WKA in Berg, die am 4. Juni 16 offiziell eingeweiht wurden:



Freundliche Grüße!

Raimund Kamm

Medienerklärung v. 7.6.16

## Atomausstieg und Klimaschutz hintertrieben

Die Wirtschaftsminister/innen Aigner und Gabriel sagen frech die Unwahrheit

**Wirtschaftsministerin Aigner und Wirtschaftsminister Gabriel, beide nicht vom Fach, loben die Pläne, den Zubau von PV und Windkraft auszubremsen. Und verbreiten frech Unwahrheiten über die Stromkosten, die sie selber nach oben treiben.**

Ministerin Aigner behauptet in ihrer Presseerklärung v. 2.6., Bayern habe sich bei den Verhandlungen um das EEG in wesentlichen Punkten durchgesetzt und Sorge so für bezahlbare Strompreise. Minister Gabriel schreibt am 3.6. an die SPD-Fraktionsmitglieder: „Denn Energiekosten sind gerade für Familien mit Kindern in den nicht so wohlhabenden Haushalten nichts, was man aus dem Auge verlieren darf.“

Hier eine Auflistung von politischen Entscheidungen der Bundesregierung, die zu Steigerungen der Stromkosten führen. Auch Frau Aigner war lange Ministerin in der Bundesregierung und hat vielen dieser fatalen Maßnahmen zugestimmt. Diese Beschlüsse tragen in unterschiedlichem Maße zu dem Problem bei, was die beiden Minister behaupten zu lösen.

- Netzentgelte steigen, da den See-WKA (Windkraftanlagen) zu Lasten der Netzbetreiber (und damit der Netzentgelte!) die Steckdose auf See installiert wird
- Netzentgelte steigen, da den See-WKA zu Lasten der Netzbetreiber ihre mögliche Produktion bezahlt wird, auch wenn der Netzanschluss noch nicht fertig oder gestört ist
- Netzentgelte steigen, da infolge mangelnden Netzausbaus immer mehr Kosten für das Abregeln von EE-Anlagen („Einspeisemanagement“) und für Redispatch gezahlt werden. In 2015 angeblich bereits 1,1 Mrd €. Gerade Bayern ist

durch Verzögerung des Netzausbaus mit schuld

- Netzentgelte sind zu hoch, da den Netzbetreibern eine zu hohe Eigenkapitalrendite von fast 9 % zugebilligt wird und die damalige CDU/CSU/FDP-Regierung Vorstöße der Bundesnetzagentur abgewiesen hat, angesichts stark fallender Kapitalmarktrenditen auch die Eigenkapitalrenditen der Netzbetreiber zu senken
- Netzentgelte werden steigen, weil man zu viele HGÜ-Teilstrecken unnötig + teuer verkabeln will
- EEG-Aufwand steigt, weil infolge schlechter Marktordnung die Preise an der Strombörse in ungesunde Tiefen gesunken sind und dies nicht einmal bei den Stromkunden ankommt
- EEG-Aufwand steigt, da man aus industriepolitischen Gründen die Seewindkraft zu stark fördert
- EEG-Aufwand ist für viele KMU (kleine und mittlere Unternehmen) und Haushalte hoch, weil Großverbraucher zu stark entlastet und deren Anteile auf die Kleinen umgelegt werden
- EEG-Aufwand ist hoch, weil die teure EE-Art Biogas weiter zur Förderung der Bauern geschont und bevorzugt wird. Biogasanlagen rechtfertigen auf Dauer nur die hohen Vergütungen, wenn sie flexibel entsprechend der schwankenden Nachfrage betrieben werden. Oder aber durch sinnvolle Nutzung der Abwärme Nebenverdienste erwirtschaften.
- Steuern werden steigen, weil Bayern neue Gaskraftwerke subventionieren will

Ministerin Aigner und Minister Gabriel tragen Mitschuld am Atomdesaster (noch kein Kilo ist entsorgt und keiner weiß, wo und wie der Atommüll in Deutschland endgelagert werden soll). Und sie tragen Mitschuld am gefährlichen Klimawandel. Wer die Flutkatastrophen sieht, sollte auch die Mitverantwortlichen sehen!

In Wirklichkeit geht es diesen Ministern darum, die alten Stromfirmen mit ihren alten Atom- und Kohlekraftwerken, die lange die Energiewende bekämpft und verschlafen haben, zu schützen. Und das kostet auch Menschenleben. Ist Aigner und Gabriel dies egal?

**Raimund Kamm** (Vorstand)

**FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager  
und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V.**

Augsburg - Dillingen - Günzburg - Heidenheim - Ulm

[www.atommuell-lager.de](http://www.atommuell-lager.de)

[www.facebook.com/pages/FORUM-gemeinsam-gegen-das-Zwischenlager-eV/152276034836072](https://www.facebook.com/pages/FORUM-gemeinsam-gegen-das-Zwischenlager-eV/152276034836072)

Konto des FORUM e.V. bei Raiffeisenbank Aschberg eG:

IBAN: DE72720691130000021199 BIC: GENODEF1HZH

pr. Luitpoldstraße 26, 86157 Augsburg  
T.0821 - 54 19 36 [r.Kamm@anti-akw.de](mailto:r.Kamm@anti-akw.de)  
(bin Smartphone frei - Mails werden nur  
am Computer verfasst/gelesen)

Unsere Bürgerinitiative FORUM drückt mit ihrem langen Vereinsnamen aus, dass wir sowohl gegen die gefährliche Atommüll-Lagerung wie –Erzeugung kämpfen. Und für eine verantwortbare Energiepolitik eintreten.

Hier verfolgt das FORUM die 3 x E Strategie: 1. Energie sparen 2. Energieeffizienz steigern 3. Erneuerbare Energien so ausbauen, dass sie uns bis etwa 2035 zu annähernd 100 Prozent versorgen! Wind, Licht, Bioenergie, Geothermie, ...

Im März 2000 bildete sich beim Bekanntwerden der Gundremminger Zwischenlagerpläne das FORUM. Zwei Jahre später formierten wir uns als eingetragener und gemeinnütziger Verein. Im Frühjahr 2016 ist unsere Bürgerinitiative mit gut 800 Mitgliedern, darunter sechs Kommunen in Baden-Württemberg und Bayern, sogar die größte Energie-BI Süddeutschlands und die mitgliederreichste deutsche AntiAtom-Gruppe.

Im November 2008 wies das Bundesverfassungsgericht unsere zwei Jahre zuvor eingereichte Verfassungsbeschwerde zurück. Wir beklagen, dass die Atommüll-Lagerung in Gundremmingen mangels ausreichendem Schutz gerade vor Terroranschlägen gegen unsere in der Verfassung verbrieften Rechte auf Gesundheit und Leben verstößt und mangels Endlager den im Artikel 20a uns auferlegten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verletzt. Bisher haben die deutschen Gerichte die Verletzung dieser fundamentalen Rechte nicht erkannt.

Wir sind überzeugt: Gerade bei Berücksichtigung des „Kalkar-Urteils“ vom 8. August 1978 des Bundesverfassungsgerichts, in dem steht, dass die Nutzung der Kernenergie nur derzeit noch verfassungskonform ist, weil alle Gefährdungen hypothetisch seien, muss man angesichts der späteren Erfahrungen von Harrisburg (1979), Tschernobyl (1986), New York (2001) und Fukushima (2011) erkennen, dass die Nutzung der Atomkraft bei einem nicht auszuschließenden Großunfall oder Terroranschlag viele Leben und sogar die Existenz unseres Landes gefährdet und so gegen unsere Grundrechte verstößt und verfassungswidrig ist!

Nach § 17 des Atomgesetzes ist eine Widerrufung der Betriebsgenehmigung geboten.



**50 %**  
ÖKOSTROM  
**bis 2020**